

Methodistische Friedensworte in der DDR (1950-1990)

Vor zehn Jahren, im Sommer und Herbst 1988 war die Welle der Zensur von Kirchenzeitungen durch die DDR-Behörden auf ihrem Höhepunkt. Auch eine Nummer der „FRIEDENSGLOCKE“, Kirchenzeitung der EmK in der DDR, mußte eingestampft und neu gedruckt werden. Grund war ein Artikel, in dem aus dem Friedenswort zitiert wurde, das die Jährliche Konferenz kurz vorher mit großer Mehrheit verabschiedet hatte. Darin hieß es u.a.: „Auf der Grundlage des Evangeliums sagen wir: Wer heute als Christ seinen Wehrdienst mit der Waffe leisten will, muß bedenken, ob und wie er damit dem Frieden und der Gerechtigkeit dient“. Weiter wurde die Diskriminierung der Wehrdienstverweigerer angesprochen und die Konferenz sprach sich „für die Einrichtung eines zivilen, für die Gesellschaft wichtigen Wehrersatzdienstes aus, in dem junge Menschen ihr Friedensengagement bekunden können, ohne daß dies ihre weitere berufliche und gesellschaftliche Entwicklung beeinträchtigt“.

Solche Forderungen schienen DDR-Behörden staatsgefährdend. Der Vorgang zeigt freilich auch, daß Worte der Kirche zu dieser Zeit Aufmerksamkeit erregten, weil sie aus dem Geist des Evangeliums so klar zu den Problemen der Gesellschaft Stellung nahmen, daß hier für Christen und Nichtchristen *Gute Nachricht* hörbar wurde. Das war nicht immer so.

1. „Ausschuß für Weltfrieden“ der MJK 1950 bis 1970

Wenn man die Konferenzverhandlungen der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg liest, wird schnell deutlich, daß der „Ausschuß für Weltfrieden“ kaum im Bewußtsein der Konferenz, geschweige denn der Gemeinden war. Die Methodistenkirche im Osten Deutschlands (damals noch „Mitteldeutsche Konferenz“) hatte in der Erweckungszeit der Nachkriegsjahre bei wachsenden Gemeinden, Pastorenmangel, zerstörten Kirchen und Papierknappheit ganz andere Probleme.

Politische Fragen kamen in Predigt und Evangelisation – wenn überhaupt – nur als Abwehr der Heilsversprechen von Staatsideologien vor. Zwar hatten sich nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft zahlreiche Laien – darunter auch Konferenzmitglieder – auf kommunalpolitischer Ebene engagiert, die „große“ Politik war aber auch für diese Glieder kaum im Blick. Die MK war in Deutschland eine Minderheitskirche, die sich an das Individuum, nicht an die Gesellschaft wandte.

Ganz anders in englischsprachigen Ländern, besonders den USA. Hier gab es eine lange Tradition des sozial-politischen Engagements der Methodisten. Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik war spätestens nach den leidvollen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs ein Thema von wichtigen Resolutionen. 1924 nahm die Generalkonferenz (GK) einen Abschnitt in die weltweit geltende Kirchenordnung auf, in dem die „*Achtung des Kriegsystems*“ und die „*Schaffung einer Friedensorganisation*“ zum Ziel erklärt wird. Es wird bereits (länder- und rassensübergreifende) Friedenserziehung angeregt und eine Aufklärungsaktion gefordert, die mit der Kriegsverherrlichung aufräumt. Die GK 1928 formuliert bei der Neufassung des Sozialen Bekenntnisses friedenspolitische Grundsätze als Anwendung des Doppelgebotes der Gottes- und Nächstenliebe auf den Bereich der internationalen Beziehungen. Ähnlich äußern sich alle folgenden GKen, selbst 1944, als sich die USA mitten im Krieg befanden.

Wenn auch „Nie wieder Krieg“ unter den Gliedern der MK wie in der gesamten deutschen Bevölkerung der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre Konsens war, wären Fragen wie Massenvernichtungswaffen und Mechanismen friedlicher Konfliktlösung ohne die Anregung der Gesamtkirche wohl kaum zum Thema innerhalb der Kirche geworden. Es ist (nicht nur an diesem Punkt) festzustellen, daß die Einbindung in eine internationale Kirchenstruktur die deutsche MK bzw. EmK vor Beschränkung auf binnenkirchliche Probleme und damit verbundenem Provinzialismus bewahrt hat (oder zumindest gegengesteuert hat).

1936 hatte die GK die Einsetzung von „Ausschüssen für Weltfrieden“ in den Konferenzen beschlossen. Als nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder geordnete Beziehungen zur Gesamtkirche möglich waren, wurde auch in Deutschland die Praxis der geltenden Kirchenordnung angeglichen. Wann der Ausschuß installiert wurde, läßt sich nicht mehr nachweisen, erste Berichte, die durchaus kurze Statements zu Friedensfragen waren, gibt es in der NOJK seit 1949, in der MJK seit 1950.

Mitten im Kalten Krieg waren Äußerungen dieses Ausschusses ein Politikum. „Frieden“ und damit zusammengesetzte Vokabeln wurden in der DDR-Propaganda von Anfang an gern und viel eingesetzt und natürlich für die eigene Politik reserviert (im Gegensatz zu „Imperialisten“, „Revanchisten“ und „Militaristen“, die selbstredend weiter westlich anzutreffen waren). Man merkt den kurzen Ausschußberichten an, daß sie sorgfältig vermieden, sich vereinnahmen zu lassen. Zugleich entspricht die individuelle ethische Einengung durchaus der Grundstimmung der Kirche. Indem man im

persönlichen Bereich den Geist der Versöhnung und des Friedens verbreitet, dient man *auf kirchliche Weise* dem Frieden.

Im Gegensatz zu den methodistischen Konferenzen in der BRD, die Ende der fünfziger Jahre diese Ausschüsse abschaffen und von denen mir keine Stellungnahmen zur öffentlichen Diskussion um die Wiederbewaffnung und die Einbindung in die NATO bekannt sind, gewinnen die Friedensausschüsse im Osten Deutschlands in den sechziger Jahren allmählich Profil.

Die Formulierungen bleiben jedoch sehr vorsichtig. Appelle zur Vernichtung von atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen stehen im Mittelpunkt. Zugleich werden in eher allgemein gehaltenen Formulierungen die Verhältnisse im Bereich des Warschauer Paktes angesprochen. 1960 nennt der Bericht die „*Einschränkung der allgemein gültigen Menschenrechte, Bevormundung und Weltherrschaftsansprüche die eigentlich zerstörenden Mächte*“. Gegen die Abschottungsstrategie der DDR werden „*Kontakte in echter Koexistenz*“ angemahnt (1961).

Bewußt wird das Vokabular der DDR benutzt, um die Inhalte anzunehmen, die eigentlich hinter diesen Worten stehen müßten. Gern werden das Soziale Bekenntnis und Beschlüsse der Generalkonferenz zitiert, um deutlich zu machen, daß es sich nicht um die Meinung einer kleinen Minderheitskirche handelt.

2. Der „Ausschuß für Christliche Friedensarbeit“ (ab 1970)

1968 hatte sich die Vereinigung der Methodistenkirche und der Evangelischen Gemeinschaft zur Evangelisch-methodistischen Kirche vollzogen, 1970 erhielt die EmK in der DDR den Status einer eigenen Zentralkonferenz mit eigenem Bischof. Diese größere Eigenständigkeit und Eigenverantwortung spiegelt sich auch in den Äußerungen zu sozial- und friedenspolitischen Fragen.

Zeitgleich haben (insbesondere durch den Vietnamkrieg) die friedensethische Diskussion sowohl in der UMC als auch im Bund Evangelischer Kirchen in der DDR enorm an Bedeutung gewonnen und geben viele Anregungen, dazu kommt ein Generationswechsel in der Zusammensetzung des Ausschusses.

Erstmals werden die Aufgaben des Ausschusses klar definiert: Anregung und Organisation von Studienarbeiten zu Fragen des christlichen Friedensdienstes und der gesellschaftlichen Diakonie; Kontakte zu entsprechenden Einrichtungen und Gruppen im weltweiten Methodismus und in der Ökumene; Informationen der Gemeinden über die JK (JK 1972).

Der letzte Passus markiert freilich auch die Grenzen der Arbeit: Der Ausschuß hat nicht das Recht, sich eigenständig zu äußern, sondern hat dem Plenum der Konferenz Zuarbeit zu leisten. In der Folge hat sich dies eher als Vorteil erwiesen: Die Stellungnahmen sind nicht die Äußerung einiger engagierter Außenseiter. Friedensethische Themen erscheinen regelmäßig auf der Tagesordnung der Konferenz und werden zunehmend von einem breiten Personenkreis diskutiert. Allerdings werden sie bis in die frühen achtziger Jahre in den Gemeinden wohl nur von einem begrenzten Personenkreis rezipiert. So waren – im Gegensatz zu den Landeskirchen – die offiziellen Äußerungen der Kirche zu Friedensfragen nicht selten der „Basis“ einen Schritt voraus.

Friedensworte waren freilich auch nicht der einzige Kanal für Meinungsbildung und Gedankenaustausch. Fragen der Friedenserziehung (wichtige Arbeitshilfe 1972) und der Wehrdienstverweigerung wurden auch in anderen Ausschüssen der JK und vor allem im Jugendwerk bedacht und besprochen. Der Friedensausschuß erreichte interessierte Laien über Gemeinde- und Mitarbeiterseminare, die seit 1980 wachsenden Zuspruch und gutes Echo fanden.

Schwierig blieb unter den Einschränkungen der Zensur die Veröffentlichung der Texte in kirchlichen Zeitschriften. Westliche Medien, die viele Beschlüsse und Initiativen aus Landeskirchen der DDR öffentlich machten, beachteten die EmK der DDR als Minderheitskirche ohnehin nicht.

3.

Adressat der Friedensworte waren zuerst und vor allem die Gemeinden. Ihnen in einer Welt von Propaganda und Gegenpropaganda Orientierung zu geben, war ein wichtiges Anliegen. Die Kirchen waren ja der einzige Ort in der Gesellschaft, an dem offen über Probleme diskutiert werden konnte.

Vom Evangelium her im gesellschaftlichen Raum nach der Wahrheit zu suchen, beinhaltet freilich mehr, als einfach alle Positionen des (atheistischen und kommunistischen) Staates zu negieren und die Kirchen nur zu einem Sammelbecken von Anhängern einer ebenso einseitigen antikommunistischen Ideologie zu machen. So hatte sich der Diskussionsprozeß in mehr als eine Richtung abzugrenzen.

Es ging nicht zuerst um nach außen gerichtete Statements, sondern um Anstöße zur Diskussion. Das beeinflusste auch Umfang und Stil der Texte. Sie sollten möglichst im Gottesdienst verlesen werden, jedenfalls aber in einem Gemeindeabend behandelt werden können. Darum waren inhaltliche Konzentration statt umfassende Behandlung aller Probleme und eine einfache Sprache gefordert.

Friedensworte wollten theologische Einsichten, nicht politische Ansichten vermitteln. Ein intensiver Prozeß theologischen Denkens und ethischer Überlegungen steht auch dann hinter den Verlautbarungen, wenn dies im Text nicht breit ausgeführt ist. Eine ausführlichere Darlegung findet sich z.B. im Friedenswort von 1982.

Diese „Stellungnahme zu Fragen des Friedens und der Abrüstung“ entwickelt in 22 Thesen Situationsanalyse, theologische Reflexion sowie friedensethische Leitlinien und mündet in aktuellen Konkretionen.

Dort heißt es u.a.:

„(9) Unser Glaube an Gott nimmt uns in die Verantwortung für die ganze Schöpfung. Wir wissen deshalb, daß Friede die Fragen achtsamen menschlichen Zusammenlebens ebenso betrifft wie das Anliegen einer gewissenhaften Haushaltung in dieser Welt“.

„(10) Unser Glaube öffnet uns die Augen für die Wirklichkeit von Sünde, Unheil und lebenszerstörenden Kräften. Von daher ist uns jede Beteiligung an der Vorbereitung einer atomaren Auseinandersetzung sowie die Entwicklung und Stationierung der dazu notwendigen Waffen SÜNDE“.

„(11) Unser Glaube lebt von der Gewißheit, daß Gott diese Welt liebt. Das Evangelium vom Reich Gottes, das in Jesus Christus angebrochen ist, gibt uns die Hoffnung, daß die lebenszerstörenden Kräfte nicht das letzte Wort haben. Diese Hoffnung leitet und trägt uns, ohne Angst und ohne Überschätzung der eigenen Möglichkeiten für das Recht des Lebens einzutreten“.

„(12) Nach biblischer Sicht ist der Friede ohne Vergebung, Umkehr und Suche nach Gerechtigkeit nicht zu realisieren. Der Ruf in die Buße gilt uns zuerst“.

„(13) Wir sehen sehr deutlich, daß der Friede nicht allein auf der Ebene persönlichen guten Willens zu erreichen ist. Profitinteressen, institutionalisierte Strukturen des Mißtrauens und der Machtausübung [...] machen die Suche nach Frieden zu einem langwierigen und komplizierten Prozeß“.

„(14) Es ist uns bewußt, daß wir dem Frieden nur näher kommen in gemeinsamer Auseinandersetzung um tragfähige Lösungen und neue Wege. Das kann nur in der Haltung der Solidarität und nicht aus der Position des neutralen Beobachters geschehen“.

Der Ausschuß ließ sich außerdem von folgenden Überlegungen leiten:

- Das Friedenszeugnis der ganzen Kirche und auch des einzelnen Christen ist keine Angelegenheit subjektiven Ermessens, sondern eine zentrale Frage unseres christlichen Bekenntnisses und unserer Nachfolge.
- Die Erarbeitung und Formulierung dieses Zeugnisses sollte darum stets in enger Zusammenarbeit mit methodistischen Kirchen anderer Länder und mit der Ökumene geschehen.

Viele wichtige Anregungen kamen aus der UMC. Von besonderer Bedeutung war das Grundlagendokument des Bischofsrates „Zur Verteidigung der Schöpfung. Die atomare Krise und ein gerechter Friede“

(1986), das in wichtigen Teilen übersetzt und den Gemeinden zugänglich gemacht werden konnte.

Befruchtend wirkte aber auch der enge Kontakt mit Vordenkern aus der Evangelischen Kirche der DDR (H. Falcke, H.-J. Fischbeck, J. Garstecki). Die „Baueinheiten“ (in der DDR seit 1964 eine legale – wenn auch häufig mit Diskriminierung verbundene – Möglichkeit zur Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe) führten junge Christen aus allen Kirchen zusammen. So ist es berechtigt, von einer Christlichen Friedensbewegung in der DDR zu sprechen, deren Basis ökumenisch war und mit der der Ausschuß durch einige seiner Mitglieder in engem Kontakt stand.

Die durchaus auch kritische Reflexion der Anregungen und Impulse bewahrte ausreichend vor einer Ideologisierung der Friedensfrage und vor einem Totalpazifismus, der die Notwendigkeit des Widerstands gegen das Böse in dieser Welt nicht ernst genug nimmt.

Weiter war zu berücksichtigen:

- Das Prinzip der „Gemeinsamen Sicherheit“, das die Ängste der Gegenseite ernst nimmt und das wir als Friedensbewegung als Voraussetzung der Entspannung propagieren, kann nicht ohne Auswirkung auf die Art bleiben, in der wir uns mit dem Staat auseinandersetzen.

Auch der sozialistische Staat und seine Verantwortungsträger sind für Christen nicht Feinde, sondern Gegner, denen wir in „kritischer Solidarität“ entgegentreten. Das meint konkret: Die vorgegebene Situation anzunehmen, kritisch zu hinterfragen, zu widerstehen, wo Politik mit den Einsichten aus dem Geist des Evangeliums unvereinbar sind, aber wo immer möglich, auch die Richtung einer Verbesserung zu beschreiben – mit der Bereitschaft, selbst diesen Weg zu gehen.

Es hat mehrfach neben kritischen Äußerungen zur Politik der DDR auch anerkennende und unterstützende Worte zu einzelnen Schritten oder Initiativen der sozialistischen Staaten gegeben, ebenso Kritik an der Politik der westlichen Allianz (z.B. NATO-Doppelbeschluß). Das als billige Anbiederung zu diskreditieren, wird der Ernsthaftigkeit nicht gerecht, mit der im Ausschuß seinerzeit über solche Formulierungen diskutiert wurde.

Es mag sein, daß die Beurteilung im Einzelfall aus heutiger Sicht nicht immer richtig war – hinter solchen Passagen stand stets die ehrliche Absicht *der Stadt Bestes* zu suchen. Und in einigen Fällen (Vietnam, Chile, Apartheid in Südafrika) hatten die Gemeinden zu lernen, daß etwas wahr sein konnte, *obwohl* es so in der Zeitung stand.

Schließlich:

- Der Umgang mit dem Wort muß sorgfältig erwogen werden, wenn die Texte unter den Bedingungen eines totalitären Staates bis zu dem Menschen gelangen sollen. Zugleich muß das Nötige unverkürzt gesagt werden. Wie weit solche Selbstzensur gehen darf oder gehen muß, wurde sowohl im Ausschuß als auch in der JK unterschiedlich beurteilt. Je klarer den Konferenzmitgliedern wurde, daß es hierbei nicht um „weltliche“, sondern um zentral christliche Fragen geht, desto größer wurde die Bereitschaft zu klaren Worten.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden wiederholt Stellungnahmen im Plenum gegenüber der Vorlage des Ausschusses noch „angespitzt“ und es gab ein klares Votum, alle kritischen Passagen in der kirchlichen Presse zu veröffentlichen, auch auf die Gefahr hin, mit der Zensur in Konflikt zu geraten.

4.

Innerhalb der EmK wurden die Friedensworte von drei Seiten kritisch betrachtet:

- Vertreter der „vertikalen“ Strömung argwöhnten ein Abgleiten von geistlichen zu weltlichen Anliegen, die nicht eigentlich Sache der Gemeinden seien, dies wurde zwar innerhalb der Konferenz selten artikuliert, dafür aber das Material von bestimmten Pastoren und Laienvertretern weitgehend ignoriert und oft nicht an die Gemeinden weitergegeben.
- Einige Mitglieder der DDR-CDU, in geringer Zahl in der Konferenz und auch im Ausschuß vertreten, versuchten die Texte in Richtung der offiziellen Politik der DDR zu beeinflussen. Sie wurden in der Regel überstimmt, doch findet man beim nachträglichen Lesen durchaus einzelne Formulierungen, die wohl auf solche Initiativen zurückgehen.
- Viel schwieriger war die Auseinandersetzung mit einigen Brüdern in verantwortlicher Position, die um das (ohnehin schwierige) Verhältnis von Staat und Kirche nicht zu gefährden, gern jede anstößige Formulierung vermieden hätten. Während Bischof Armin Härtel und sein Nachfolger Rüdiger Minor stets klar und eindeutig Stellung nahmen, gab es auf tieferer Leitungsebene nicht selten auch vorauseilenden Gehorsam gegenüber staatlichen Behörden. In der Auseinandersetzung mit Teilen des kirchlichen Establishments sind einige Texte entschärft worden.

Ein besonders schwerwiegender Fall betraf das Friedenswort 1984. Im Entwurf des Ausschusses hieß es u.a.:

„Mit wachsender Sorge [...] beobachten wir die Tendenz staatlicher Organe, auf manche Aktionen junger Menschen mit massiver Macht zu reagieren. Wir sehen darin eine Gefährdung des inneren Friedens. Die Dringlichkeit der Friedensfrage und die Verantwortung der jungen Generation gegenüber fordern von allen Beteiligten das sorgfältige Aufsuchen und Entwickeln konstruktiver Ansätze.

Der Frieden kann auf Dauer nur gewonnen werden, wenn die Politik der Selbstbehauptung nach innen wie außen ergänzt und korrigiert wird vom gemeinsamen Interesse an einem Leben in Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit. Das ist ohne tiefgreifendes Umdenken nicht möglich“.

Es gab zunächst während einer Ausschußsitzung am Tagungsort der Konferenz den Versuch einzelner Konferenzmitglieder, die nicht dem Ausschuß angehörten, eine Revision dieser Passage zu erreichen. Nachdem der Ausschuß das zurückgewiesen hatte, wurde in einer konzertierten Aktion mehrerer einflußreicher Konferenzmitglieder im Plenum erreicht, den ganzen Entwurf des Friedenausschusses formal durch einen Passus aus der Bischofsbotschaft zu ersetzen, de facto wurde damit das vom Ausschuß vorgelegte Friedenswort gegenstandslos und tauchte an keiner Stelle der Konferenzverhandlungen mehr auf

5.

Eine unmittelbare Einflußnahme staatlicher Stellen auf den Ausschuß hat es meines Wissens nicht gegeben. Offenbar war es auch nicht gelungen, einen Informanten in den Ausschuß einzuschleusen. Zumindest gibt es nach dem bisherigen Kenntnisstand keine Anzeichen dafür, daß interne Informationen aus dem Ausschuß an den Staatssicherheitsdienst oder staatliche Stellen gelangt wären. Eine kleine Kirche, in der man einander gut und lange kennt, ist sicherlich schwerer zu unterwandern als die anonymen und unverbindlicheren Strukturen der Großkirchen.

Der Ausschuß hat 1993 in einer „Erinnerungstagung“ unter Einbeziehung früherer Mitglieder seine Arbeit während der Zeit der DDR kritisch reflektiert. Die Ergebnisse wurden dem Gremium zur Darstellung der Geschichte der OJK zugeleitet.

6.

Viele Materialien des Ausschusses sind in die Vorbereitung der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR (1988-1989) eingeflossen. Mitglieder des Ausschusses waren bereits an der Vorbereitung der Versammlung beteiligt und brachten sich als Delegierte in den Ausschüssen ein. Bereits vier Wochen nach Abschluß der ÖV begann auf Initiative des Ausschusses die Kirche mit einer ausführlichen Diskussion der Ergebnisse in den Gemeinden.

Wahrscheinlich liegt hier einer der Gründe, daß viele EmK-Gemeinden der DDR im Herbst 1989 eine – im Verhältnis zu ihrer Gliederzahl – überproportionale Rolle in den politischen Veränderungen spielten. Der Ausschuß hat sich bemüht, auch in dieser Zeit Orientierungshilfe zu geben (u.a. mit „Fragen zur Wahl“).

Im Bericht an die JK 1990 wurden erstmals eine Reihe von Problemen angesprochen, die uns in der Folge und bis heute beschäftigen: Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, das Entstehen sozialer Spannungen. Doch waren bald darauf mit dem Golfkrieg und den Bürgerkriegen auf dem Balkan auch friedenspolitische Fragen wieder von zentraler Bedeutung.

Die friedensethischen Einsichten, die unsere Kirche während der Zeit der DDR als Frucht theologischer Arbeit gewonnen hat, sind mit der politischen Wende nicht überholt. Eben weil sie nicht in politischer Frontstellung, sondern im Geist des Evangeliums wurzeln, ist ihre Geltung nicht auf die Verhältnisse in einem bestimmten Gesellschaftssystem beschränkt.

Die Herstellung und Stationierung von Massenvernichtungswaffen ist nach unserer Überzeugung SÜNDE – egal wer sie stationiert. Die Suche nach nichtmilitärischen Wegen zur Konfliktlösung – nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation weitgehend aus dem Blickfeld geraten – bleibt für Christen unter der Verheißung Jesu und darum ein unverzichtbarer Teil politischer Diakonie.

Es ist daher nur folgerichtig, daß vom Ausschuß auch nach der Wiedervereinigung klare friedensethische Stellungnahmen ausgingen, so zu Militärseelsorge und zum Golfkrieg.

Der letzte Bericht in dem hier betrachteten Zeitraum, den der Ausschuß für Christliche Friedensarbeit der JK 1990 vorgelegt hat, schließt mit einem Zitat aus dem Hirtenwort des UMC-Bischofsrates von 1986: „Eines der wichtigsten Ziele der christlichen Friedensarbeit ist es, Menschen zum politischen Dienst zu befähigen“. Wenn wenigstens einige der Friedensworte dazu in unseren Gemeinden beigetragen haben, waren sie nicht umsonst. Weil diese Welt Gott gehört, können und dürfen wir sie nicht gottloser Machtpolitik überlassen.